

Britta Munkler <britta.munkler@verdi.de>

14.1.2020 08:18

Stellungnahme der Gewerkschaft ver.di zum Antrag auf Erlass einer Rechtsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, den 03.05.2020, im Innenstadtbereich der Stadt Gummersbach

An Carmen Glasenapp <carmen.glasenapp@gummersbach.de>

Ihr Schreiben vom: 07.01.2020
Ihr Zeichen: FB 3.2/GI.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Frau Glasenapp,
Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der beabsichtigten Ladenöffnung nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Ladenöffnungen am Sonntag, das bedeutet insbesondere für die Beschäftigten des Einzelhandels Sonntagsarbeit. Sie können an dem gesellschaftlichen Leben an diesem Sonntag nicht teilnehmen, sie können an diesem Sonntag nichts mit ihren Familien unternehmen, keine Sportveranstaltungen besuchen etc.

Nicht zuletzt können sie nicht an gewerkschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen. Die Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen fördert und schützt nicht nur die Ausübung der Religionsfreiheit. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht ausgeführt: „Die Arbeitsruhe dient darüber hinaus der physischen und psychischen Regeneration und damit der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG). Die Statuierung gemeinsamer Ruhetage dient dem Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG). Auch die Vereinigungsfreiheit lässt sich so effektiver wahrnehmen (Art. 9 Abs. 1 GG). Der Sonn- und Feiertagsgarantie kann schließlich ein besonderer Bezug zur Menschenwürde beigemessen werden, weil sie dem ökonomischen Nutzendenken eine Grenze zieht und dem Menschen um seiner selbst willen dient.“

(BVerfG, Urteil vom 01. Dezember 2009 – 1 BvR 2857/07 –, BVerfGE 125, 39-103, Rn. 144)

Schon aus diesem Grunde werden Ladenöffnungen am Sonntag von uns aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt.

2. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht gilt insoweit, dass Sonntagsöffnungen erkennbare Ausnahmen bleiben und jeweils durch einen zureichenden Sachgrund gerechtfertigt sein müssen; das bloß wirtschaftliche Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und das alltägliche Erwerbsinteresse potentieller Kunden reichen dazu nicht aus. Bei Sonntagsöffnungen aus besonderem Anlass muss die anlassgebende Veranstaltung - und nicht die Ladenöffnung - das öffentliche Bild des betreffenden Sonntags prägen. Dies setzt voraus, dass die öffentliche Wirkung der Veranstaltung gegenüber der durch die Ladenöffnung ausgelösten, typisch werktäglichen Geschäftigkeit im Vordergrund steht, sodass die Ladenöffnung nur als Annex zur Veranstaltung erscheint.

Dazu muss die Sonntagsöffnung regelmäßig auf das räumliche Umfeld der anlassgebenden Veranstaltung begrenzt werden, damit ihr Bezug zum Marktgeschehen erkennbar bleibt.

Die prägende Wirkung der Anlassveranstaltung setzt nach der Rechtsprechung des

Bundesverwaltungsgerichts zwingend einen prognostischen Vergleich der von den Veranstaltungen und der von einer bloßen Ladenöffnung angezogenen Besucherströme voraus. Dabei muss die Veranstaltung für sich genommen - auch ohne die Ladenöffnung - einen erheblichen Besucherstrom anzieht, der die bei einer alleinigen Ladenöffnung - ohne die Veranstaltung - zu erwartende Besucherzahl übersteigt. Dabei handelt es sich um eine notwendige Bedingung der prägenden Wirkung der Anlassveranstaltung, so das BVerwG, Urteil vom 12. Dezember 2018 – 8 CN 1/17 –, Rn. 19 - 21, juris.

Diesen Anforderungen der Rechtsprechung Bundesverwaltungsgerichts wird die hier vorgesehene Ladenöffnung nicht gerecht, es fehlt an jeder Prognose. In Ihrem Antrag wird nur auf ein hohes Besucheraufkommen abgestellt.

Aber selbst wenn man nach der jüngeren Rechtsprechung des OVG NW danach differenziert, ob die Ladenöffnung im unmittelbaren Umfeld der Veranstaltung stattfindet – dann soll eine Veranstaltung mit beachtlichem Besucherinteresse ausreichend sein – oder ob sie im weiteren Umkreis stattfindet, - dann bedarf es des Nachweises einer prägenden Wirkung der Veranstaltung - können wir nicht erkennen, dass die Ladenöffnung rechtmäßig wäre. Insoweit bedürfte es des Nachweises einer prägenden Wirkung der Veranstaltung, die aus den übersandten Unterlagen nicht ersichtlich ist.

3. Im Übrigen können wir anhand der Unterlagen nicht hinreichend genau erkennen, in welchem Umfang Beschäftigte des Einzelhandels von der Ladenöffnung betroffen sein werden.

Mit freundlichen Grüßen

Britta Munkler

stv. Bezirksgeschäftsführerin

ver.di Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen
Hans-Böckler-Platz 9
50672 Köln

Telefon: 0221/48558443
Telefax: 0221/48558309
Mobil: 0160/1563861
www.bz.kbl@verdi.de

Von: Carmen Glasenapp <carmen.glasenapp@gummersbach.de>

Gesendet: Dienstag, 7. Januar 2020 16:45

An: Munkler, Britta <britta.munkler@verdi.de>

Betreff: Antrag auf Erlass einer Rechtsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, den 03.05.2020, im Innenstadtbereich der Stadt Gummersbach

Sehr geehrte Frau Munkler,

anbei übersende ich Ihnen einen Antrag auf Erlass einer Rechtsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, den 03.05.2020, im Innenstadtbereich der Stadt Gummersbach im Zusammenhang mit dem Frühlingsfest am 03.05.2020, mit der Möglichkeit um Stellungnahme bis

23.01.2020.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Carmen Glasenapp

Stadt Gummersbach

Fachbereich Bürger-Service, Öffentl.

Ordnung u. Sicherheit

Ressort Gewerbe/Gaststätten

Rathausplatz 1

51643 Gummersbach

Tel. 02261/871123

Fax. 02261/878123

oder 02261/876106

Carmen.Glasenapp@gummersbach.de

www.gummersbach.de

-
- 20_01_07_AnhörungsSonntag_Frühling in GM.03.05.20_ver.di.pdf (3 MB)
 - Handelsverband_GMerleben_eV_Antrag_VOS_FRÜHLING_GM_2020.pdf (995 KB)
 - Anlagen_Antrag_GMerleben_eV_VerkOffen2020.2.pdf (1 MB)
 - 20_01_07_Rechtsverordnung_Frühling2020Muster.pdf (71 KB)
 - 20_01_07_Anlage Plan zur Rechtsverordnung_Frühling2020Muster.pdf (2 MB)